

## **Schulentwicklung in der VG Deidesheim**

In den nachfolgenden Zeilen wird die Entwicklung der weiterführenden Schule innerhalb unserer VG in der spannenden Zeit zwischen 1995 und 2008 beschrieben. Anlass dazu geben die unterschiedlichen Deutungen der Parteien in unserer Region über ihren Anteil zum Erfolg der Sicherung dieses Schulstandortes. Die einzelnen Fakten dazu sind belegbar, um genauere Details (Zeitpunkt der Debatten und Beschlüsse) aufzuführen fehlt dem Verfasser allerdings der Zugang zu den entsprechenden Dokumenten und Niederschriften. Die Ausführungen beruhen dennoch auf belegbaren Fakten.

Die Diskussionen um die Sicherung des schulischen Angebotes nach der 4. Klasse umfassen nicht nur, was aktuell in Erinnerung geblieben ist, die Bemühungen um die Gründung der IGS, sondern begannen schon wesentlich früher um 1995.

### **Druck auf die Hauptschule**

Die Hauptschule hatte nach ihrer Gründung 1970 einen wesentlichen Anteil dabei, einem erheblichen Anteil unserer Kinder ein schulisches Angebot vor Ort bieten zu können. Zehn Jahre später hatte die Schule 3 Klassen pro Jahrgang, mit der Abschlußklasse für die mittlere Reife insgesamt vier.

Darüber hinaus war sie ein attraktives Angebot für Schüler aus den Orten Königsbach und Mußbach.

Mit der Öffnung des Elternwillens für die Schulwahl nach der 4. Klasse (Empfehlung der Grundschule nicht mehr bindend) und der Sorge der Eltern, dass die Berufsreife für den Start ihrer Kinder in ein eigenständiges Berufsleben nicht mehr ausreicht (schon in den 1980ern stiegen die Anmeldungen in den Gymnasien sprunghaft), geriet unsere Schule immer stärker unter Druck.

Zu Beginn 1994 waren die Anmeldungen in der Hauptschule, incl. der Kinder aus dem Rand von Neustadt auf weniger als zwei volle Klassen gesunken.

### **Erste Schulpolitische Debatte**

Bis 1990 war die IGS in Rheinland-Pfalz als Schulform noch nicht weit verbreitet und als „Schulversuch“ deklariert. Dieser wurde von der Landesregierung beendet und die IGS wurde neben dem dreigliedrigen Schulsystem im Schulgesetz als weiteres Angebot eingeführt. Erklärtes Ziel war es, Gesamtschulen flächendeckend neu zu gründen bzw. andere Schulformen weiterzuentwickeln. Neben der IGS wurde eine weitere Schulform neu eingeführt: die Regionale Schule (Verbindung aus Haupt- und Realschule mit Abschlüssen bis zur mittleren Reife).

Innerhalb der Verbandsgemeinden Deidesheim und Wachenheim wurde eine gemeinsame Lösung in den Fokus gesetzt, da jede Kommune allein das Projekt nicht hätte stemmen können und Wachenheim in der gleichen Situation wie Deidesheim war.

Die CDU hat im Verbandsgemeinderat 1996 einen Antrag eingebracht, die Möglichkeit der Umwandlung der Hauptschule in eine Regionale Schule zu prüfen. Innerhalb unserer Region war die Einrichtung einer IGS seitens der Elternschaft aber bereits gefordert. Es gab eine große Zahl an Anträgen von Schülern des Kreises DÜW zur Aufnahme in die Gesamtschulen Oggersheim (gegründet 1980) und Mutterstadt (1993). Angenommen wurden jedoch sehr wenige, weil Anmeldungen aus der

Stadt und dem Landkreis Ludwigshafen Vorrang hatten. Im Kreis Bad Dürkheim gab es zu diesem Zeitpunkt keine IGS, der Druck auf die Schulzentren mit ihren Gymnasien in Haßloch, Neustadt und Bad Dürkheim wuchs. Das Werner-Heisenberg-Gymnasium hatte für das Schuljahr 2001/2002 über 200 Anmeldungen zu verzeichnen. Da mit dieser Zahl die Kapazität der Schule weit überschritten war, mussten Kinder abgewiesen werden, auch aus dem Landkreis. Dies führte zu großem Ärger, zumal das Verwaltungsgericht Neustadt Klagen bezüglich einer nachträglichen Aufnahme rigoros abwies.

Die Grünen hatten sich darauf festgelegt, die Einrichtung einer IGS zu fordern. Erste Auszüge aus dem in Arbeit befindlichen Schulentwicklungsplanen dokumentierten bereits eine starke Tendenz der Eltern im Kreis ebenfalls in diese Richtung.

Die Beratungen innerhalb der SPD-Fraktion führten zu dem Ergebnis, die Gesamtschule in die Diskussion mit einzubeziehen und neben der regionalen Schule die Einrichtung der Gesamtschule zu prüfen. Eine starke Verfechterin der Einrichtung einer IGS war die damalige Landrätin Sabine Röhl (SPD).

### **Verlauf der politischen Debatte im VG-Rat**

Ein erster gemeinsamer Antrag im VG-Rat zusammen mit der Grünen scheiterte im Verhältnis 8:20 gegen SPD und Grüne (2 Grüne 6 SPD). Ziel war es, die IGS in die Bestrebungen der Standortsicherung einzubeziehen.

Die CDU in RLP hatte sich grundlegend gegen die Gesamtschule positioniert, die FWG in der VG ebenfalls. Die Kolleg\*innen im VG-Rat Wachenheim wären für eine erweiterte Debatte offen gewesen, es gab allerdings keine Mehrheit dafür, die IGS in den Mittelpunkt zu stellen.

Innerhalb der Koalition zwischen SPD und CDU im Kreistag war die Überlegung über eine Gründung der ersten Gesamtschule im Landkreis nicht durchsetzbar.

### **Entscheidung pro Regionale Schule**

Nach der offiziellen Veröffentlichung des Schulentwicklungsplanes stellte die SPD gemeinsam mit den Grünen einen weiteren Antrag darüber, über die IGS reden zu können. Dieser war in der Formulierung so abgeschwächt, dass eine Annahme der anderen Fraktionen zu erwarten war. Allerdings wurde dieser wieder im Verhältnis 8:20 abgelehnt. Fazit: FWG und CDU waren in dieser Zeit nicht bereit, auch nur einen einzigen Satz über die mögliche Vorteile der IGS für die Sicherung des Schulstandortes auszutauschen.

Das Bündnis aus CDU und FWG hatte parallel in dieser Sitzung einen Antrag gestellt, die Einrichtung der regionalen Schule gemeinsam mit Wachenheim offiziell beim Ministerium des Landes zu beantragen.

Im Verlauf der Aussprache stellte sich heraus, dass dieser Antrag seitens des damaligen Bürgermeisters Gillich bereits gestellt war. Die Debatte und der abschließende Grundsatzbeschluss wurden nur zum Schein geführt. Aus Protest darüber hatte der Verfasser zusammen mit zwei weiteren SPD Mitgliedern den Ratssaal für den Rest des TOP einschließlich der Abstimmung verlassen.

### **Aufbau der Regionalen Schule und weitere Entwicklung**

Der erste Antrag über die Einrichtung wurde vom Land abgelehnt. Anstelle eine integrierte Form auszuwählen (Schulabschluss bleibt bis nach der 7. Klasse offen), hatte man sich in einer Arbeitsgruppe für eine spezielle kooperative Form ausgesprochen. Man wollte einen Jahrgang der 4-zügigen Regionalschule in je 2 Klassen in Deidesheim und Wachenheim und diese noch von Beginn an in eine getrennte Haupt- und Realschulklasse unterteilen, was aus pädagogischer Sicht von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen wäre. Darüber wurde im Rat nicht berichtet. Die Unterlagen dazu waren in der Verwaltung auch nicht abgelegt.

Bei einem Austausch mit der Landesregierung war zeitgleich zu erfahren, dass ein Antrag zur Einrichtung einer Gesamtschule umgehend eine positive Bewilligung erfahren hätte. Den Beschluss darüber müssen jedoch vorher die entsprechenden Verbandsgemeinden auf den Weg bringen, da redet das Land nicht rein (geht auch nicht wegen der Aufgabenverteilung zwischen Kommunen und Land auf Grundlage unserer Verfassung).

Im zweiten Anlauf nach dem Beschluss wurde seitens des Landes die Einrichtung der Regionalen Schule Deidesheim/Wachenheim genehmigt.

### **Werdegang der Regionalen Schule**

Die Trägerschaft wurde von den beiden Verbandsgemeinden übernommen und die laufenden Kosten sowie die notwendigen Investitionen hälftig von beiden Partnern geteilt (großzügig seitens der Wachenheimer). Über die Namensnennung (Reihenfolge Deidesheim, Wachenheim) hatten sich die FWG und CDU mit den Nachbarn gestritten, deswegen musste wir in der Sommerpause nachsitzen, um den Beschluss zur Auflösung der Hauptschule als Voraussetzung des Startes der neuen Schulform zum nächsten Schuljahr im letzten Moment zu treffen.

Nach einer euphorischen Startphase in den beiden ersten Jahren (hinreichende Anmeldezahlen für die vier Jahrgangsklassen) ebte die Begeisterung leider schnell wieder ab. Inzwischen hatte sich die Mehrheitskoalition im Rat geändert. Die SPD hatte zusammen mit FWG und Grüne ein Bündnis vereinbart. Für die Schulentwicklung wurde festgelegt, die regionale Schule so gut es geht zu unterstützen. Für eine Weiterentwicklung des Standortes wurde vereinbart, ergebnisoffen weitere Optionen für die Entwicklung zu prüfen, wenn sich reale Möglichkeiten dazu böten. Ein direkter Bezug zur IGS herzustellen, konnte mit der FWG allerdings nicht erreicht werden. Der Tiefpunkt der koalitionsinternen Diskussion war dann etwas später, als der schulpolitischer Sprecher der Fraktion Heiner Schwartz nach einer SPD-Klausur die Anmeldezahlen als besorgniserregend bezeichnete. Er wurde in einer Schulträgerausschusssitzung unter dem Beifall der Grundschulleiter und den CDU- & FWG-Teilnehmern von der damaligen Bürgermeisterin Magin mit den Worten kritisiert „...man solle das Nest, in dem man sitzt, nicht beschmutzen“.

Beachtet wurde allerdings nicht, dass die aktuelle Schulform nicht die Lösung des Problems und bereits in dieser Phase dauerhaft nicht mehr haltbar war. Die Schwierigkeit, dass weit über die Hälfte der Eltern Schulformen auswählten die Möglichkeiten zum Erreichen des Abiturs anboten, wurde von den Konservativen zu keiner Zeit beachtet.

### **Überraschende Wende zur IGS (2. Phase der Schulentwicklung)**

In der Legislaturperiode 2004 bis 2009 nahm die Debatte um die Schulentwicklung innerhalb unserer Verbandsgemeinde überraschend dynamisch wieder Fahrt auf. Im Zuge der Schulentwicklungsplanung und Überlegungen auf Kreisebene zeichnete sich der Wille ab, innerhalb

des Landkreises DÜW eine IGS einzurichten. Als potentielle Bewerber meldeten sich die Verbandsgemeinden Deidesheim/Wachenheim, Grünstadt-Land und Freinsheim (Freinsheim zog sich aber bald wieder zurück).

Die Haltung der VG Deidesheim war schnell positiv formuliert:

In einer beratenden Sitzung mit Landrätin Röhl erklärten SPD und Grüne ihre grundsätzliche Zustimmung, die FWG zeigte sich positiv gestimmt (was unbedingt notwendig war, um den Schulstandort zu sichern) und die CDU-Fraktion wurde von dem damaligen Fraktionsvorsitzenden überrascht („...dass iss e guudi Sach. Doh kann kanner was degeege hawwe...“).

Mit diesen Einschätzungen ging es in die Planungsphase mit dem Kreis. Negativ für uns war dabei allerdings die Tatsache, dass eine Gründung der IGS in Deidesheim nur dann befürwortet wurde, wenn die Schule in der Trägerschaft des Schulzweckverbandes Deidesheim/Wachenheim zusammen mit dem Kreis bleibt. Dies war verbunden mit der weiteren Übernahme der laufenden Kosten und einem Großteil der Investitionen, was eine erhebliche Belastung der Haushalte beider Verbandsgemeinden hatte.

Dennoch wurde der Grundsatzbeschluss zur Einrichtung der IGS mit großer Mehrheit gefasst: 26 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung.

Nach etwa 2-jähriger Planungszeit ging die IGS im August 2008 an den Start. Wenige Jahre später wurden alle weiterführenden Schulen in die Trägerschaft des Kreises übernommen. Bis dahin war es jedoch notwendig mehrere Millionen Euro in die erste Ausbauphase der Schulgebäude in Deidesheim und in Wachenheim zu investieren. Der Ablösebetrag beim Übertrag der Trägerschaft deckte diese Ausgaben bei weitem nicht. Kurze Zeit später wurden alle weiterführenden Schulen (die nicht bereits in Obhut des Kreises oder der kreisfreien Städte waren) aus der Trägerschaft der Gemeinden genommen, was zur Entlastung derer Haushalte beitrug.

An dieser Stelle wird der Rückblick in die Schulentwicklung der VG Deidesheim beendet. Die IGS hatte in den folgenden Jahren immer Anmeldezahlen auf hohem Niveau, bei keinem Jahrgang konnten alle Anmeldungen bei der Aufnahme berücksichtigt werden. Ein Recht der Eltern einen Platz einzufordern besteht nicht. Das ging leider nur bei Haupt- und regionalen Schule.

### **Das Fazit:**

Die Gründung der IGS bei uns zeigt, wie wertvoll es sein kann, beharrlich an einem Thema dran zu bleiben. Nach der ersten Phase der Diskussion war fast nicht mehr damit zu rechnen, dass diese Schulform Einzug nimmt.

Gleichzeitig ist dieses Thema auch interessante Erfahrung, wie wenig manchmal sachliche Argumente in der politischen Debatte gepflegt werden. Vergleicht man die Darstellung der FWG zu diesem Thema auf ihrer Internetseite mit der tatsächlichen Entwicklung, klafft eine große Differenz zwischen Realität und unredliche Werbung in eigener Sache auf.

Zu ähnlichem Ergebnis würde man leider auch kommen, wenn man sich ausführlich mit dem Verlauf der politischen Debatte um die Kommunalreform beschäftigt.

Tröstlich ist es aber auch, dass ein Ergebnis der Zusammenarbeit mit der CDU in der Zeit zwischen 2004 und 2014 ein entspannterer Umgang mit Zielvorstellungen aus der Landespolitik war.

Weder die SPD hatte zu Beginn dieser Phase die Präferenz der Landesregierung pro Gesamtschule gepusht, noch hatte die CDU die grundsätzliche Ablehnung ihrer Landeszentrale in der VG ausgetragen und somit die Gründung der IGS nicht zu Lasten unserer Kinder verhindert.

*Bernhard Kren, Niederkirchen (VG-Ratsmitglied von 1994 bis 2012, Beigeordneter 1999 bis 2004)*